



Liebe Leser,
im Blauen Rundbrief der Woche informieren wir Sie fortlaufend über die aktuellen Presse- und sonstigen Mitteilungen der Alternative für Deutschland, Sachsen und aus Ihrem Kreisverband.

Inhaltsverzeichnis

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen	4
Wahlkampfunterstützung für Sachsen-Anhalt.....	4
Nachrichten von und mit Karsten Hilse	4
Skandal in Berlin	4
Termine für Informationsfahrten in den Deutschen Bundestag 2026	5
NEUES von unseren Landtagsabgeordneten	6
Hilfe wird gekürzt – 4,5% weniger Vergütung für Psychotherapie	6
Veranstaltungen und weitere Termine im Kreisverband Bautzen	8
Druckausgabe Blaue Post Bautzen.....	9
Archiv Blauer Rundbrief	9
Neues von der AfD Sachsen und der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag	9
Der Corona-Untersuchungsausschuss im Sächsischen Landtag.....	9
Vorsicht, Post aus Sachsen! Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 19.4.2026	10
Die Sonntagskolumne im Audio-Format	11
PRESSEMITTEILUNGEN vom 20.4.2026	11
Corona-Klagen: Stand das 2G-Urteil schon vor der Verhandlung fest?	11
PRESSEMITTEILUNGEN vom 21.4.2026	12
Direkte Demokratie statt „Demokratieprojekte“!	12
Libanese greift Studentin in Leipzig an: Ausländische Sexualstraftäter abschieben!	13
PRESSEMITTEILUNGEN vom 22.4.2026	13
441 Millionen Euro weniger für Hochwasserschutz? Gespart werden muss an anderer Stelle!	13
AfD-Anfrage zur Verschlinkung der Verwaltung: Wann beginnt endlich der Bürokratie- und Personalabbau?	14
PRESSEMITTEILUNGEN vom 23.4.2026	15



AfD-Anfrage: 100.000 Ukrainer eingereist, 70.000 weiterhin in Sachsen, nur 12.800 sozialversicherungspflichtig beschäftigt.....	15
PRESSEMITTEILUNGEN vom 24.4.2026	15
Schließung in Kamenz: Regierung Kretschmer muss Kliniksterben stoppen!	15
Neues von der Alternative für Deutschland und der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	16
PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland	16
PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	17
Positionspapier „So retten wir Deutschland“	17
Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Netzwerken	17
Unis werden zu Angsträumen: Sichere Bildung statt Wachdienst!.....	17
BKA-Liste mit 50.000 IS-Kämpfern: Abschieben ohne Diskussion!.....	18
Freilassung statt Abschiebung: Ausländer nach Hammerattacke wieder auf freiem Fuß!	18
Linksextremistin Lina E. soll vorzeitig freikommen: Keine Kuscheljustiz für linke Gewalttäter! 19	
Syrisches Schleusernetzwerk in Deutschland: Passbetrug stoppen und sofort abschieben! ..20	
Diäten-Plus statt Netto-Lohn: Die schamlose Abzocke der Merz-Regierung!.....	20
Mehrheit will AfD im Kanzleramt!.....	21
Syrischer Terrorplan in Berlin gestoppt: Sicherheit statt falscher Toleranz!	21
Die Rente ist nicht mehr sicher: Merz verkündet die Ausplünderung der Rentenkassen!.....	22
Der Kanzler, den keiner will!	22
Rekord bei Politiker-Anzeigen: Weg mit dem Paragraph 188 StGB!.....	23
"Wir verwalten den Niedergang": Wer erklärt ihm, dass seine Partei regiert?	24
470 Millionen Euro für Südafrika: Wadephul verteilt Steuergeld für "gerechte Energiewende"!	24
Polizeiliche Kriminalstatistik 2025	25
AfD Sachsen verhindert Selbstbedienung	26
Meldungen aus Sachsen, Deutschland und der Welt.....	26
Schleifes Bürgermeister attackiert nach Porno-Skandal nun die Aufdecker.....	26
Manuel Ostermann ist neuer Bundesvorsitzender der DPoIG Bundespolizei.....	26
Remigration als Tabu? Jetzt sagen bayerische Behörden, dass das AfD-Konzept nicht verfassungsfeindlich ist	26
Video-Empfehlungen	27
Informationskanäle der AfD.....	27
Auf1 - Alternatives, unabhängiges Fernsehen	27



Radio Klartext	27
NIUS – Die Stimme der Mehrheit	27
Ostdeutsche Allgemeine Zeitung	27
Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen	27
Regionalgruppen im KV Bautzen	30
SPENDENKONTO	30
KONTAKT:.....	30

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen

Wahlkampfunterstützung für Sachsen-Anhalt

Das Jahr 2026 wird in einigen Bundesländern ein spannendes Wahljahr.

Baden-Württemberg Anfang März war leider kein Vorbild. Richtungsweisend werden die Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern (20.9.2026) und in Sachsen-Anhalt (6.9.2026).

Wir als Kreisverband Bautzen wollen vor allem den Wahlkampf im benachbarten Sachsen-Anhalt unterstützen. Wer Interesse hat, mal einen Tagesausflug mit uns zu machen und beim Verteilen von Flyern zu helfen, kann sich gerne bei uns melden.

Bei genügend Interesse werden wir einen Bus mieten und gemeinsam nach Sachsen-Anhalt fahren. Bitte geben Sie uns unter info@afdbautzen.de Bescheid, ob Sie Interesse haben und in welchem Zeitraum.

Auf der Webseite www.vision2026.de kann man sich auch selbst anmelden, wenn man z. B. einige Tage länger in Sachsen-Anhalt bleiben will.

Nachrichten von und mit Karsten Hilse

Skandal in Berlin

Ende März unternahm eine Schulklasse aus dem Landkreis Bautzen eine Besucher-/Informationsfahrt nach Berlin. Nach wochenlanger Recherche inszeniert die Sächsische Zeitung jetzt daraus einen regelrechten Skandal.

Lesen Sie selbst:

<https://www.saechsische.de/lokales/bautzen-ik/osslinger-schueler-bei-der-afd-im-bundestag-war-der-besuch-zulaessig-KF2HEI32ENFZVJ4HPOJR6SHW2I.html>

Die Ergüsse des Herrn Berndt zu unserer Schülerreise in den Deutschen Bundestag sind schon sehr abenteuerlich. "Auf Einladung" heißt nichts anderes, als das jedem Abgeordneten jeder Partei drei solche Fahrten im Jahr zur Verfügung stehen. Die gebuchten Termine werden durch uns veröffentlicht und wir laden interessierte Bürger dazu ein. Jedem steht es frei, sich anzumelden oder nicht. Es wird niemand gezwungen, genötigt oder gar überwältigt.

Es war der ausdrückliche Wunsch der Schüler und die Anfrage an uns, ob es möglich wäre, daran teilzunehmen. Dies war nach Rücksprache mit dem Presse- und Informationsamt der Bundesregierung sehr wohl möglich. Auch der Wunsch das Haus der Wannseekonferenz zu besuchen, kam aus der Schülerschaft und es wurde zutiefst bedauert, dass es aus fraglichen Gründen nicht möglich war, obwohl auf der Webseite genau solche Besuche angeboten werden.



Foto: Screenshot SZ vom 20.4.2026



Auf der Webseite (<https://www.ghwk.de/de/bildungsangebote>) heißt es, Zitat: „Unser Angebot richtet sich an Schüler*innen ab der 9. Klasse.“ "Überwältigend" ist in unseren Augen die Absage, weil der "einladende" MdB nicht ins Schema passt.

Zum Gruppenfoto: 1. Wurden alle Schüler gefragt, ob sie aufs Foto wollen. 2. Wurde vor dem Veröffentlichen die Erlaubnis der Schüler, der Klassenlehrerin und des Schulleiters eingeholt. Das Treffen mit Alice Weidel war ebenfalls der ausdrückliche Wunsch der Schüler. Das Wahlalter soll auf 16 herabgesetzt werden (bei den Europawahlen ist dies seit 2024 sogar schon möglich) und Sie sprechen 15 bis 16-Jährigen ab, zu entscheiden, mit wem sie einfach nur reden wollen? Überwältigend!

Der Sinn dieser Informationsfahrten steckt schon im Namen, Information. Herr Berndt kennt dieses seit Jahren bestehende Angebot vermutlich sehr genau. Das Programm besteht aus Besuchen in Museen, Ministerien, Landesvertretungen, dem Bundestag usw. Über zwei Tage verteilt werden die von den Abgeordnetenbüros eingereichten Programmwünsche durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung zeitlich geplant und organisiert. Das Zeitfenster für das Gespräch mit dem einladenden Abgeordneten beträgt genau 1 Stunde und findet in der Regel nach dem Besuch des Plenarsaals statt und auch dabei wird weder indoktriniert noch "überwältigt", sondern über die Arbeit als Abgeordneter berichtet, die Arbeit in Ausschüssen, Gremien, Landesgruppen. 1 Stunde von 2 Tagen ..

Übrigens, die zwei Schüler, die an dieser Fahrt aus eigenem Entschluss nicht teilnehmen wollten, wurden weder gezwungen oder gar „überwältigt“. Nein, sie blieben stattdessen einfach zu Hause.

Karsten Hilse zum „Skandal“: <https://www.facebook.com/reel/1935757530449428>

Jana Witschetzky zum „Skandal“: <https://www.facebook.com/reel/1284152176418889>

Termine für Informationsfahrten in den Deutschen Bundestag 2026

Liebe Mitglieder, Freunde und Sympathisanten der AfD,

auch in diesem Jahr bieten wir wieder die beliebten Informationsfahrten nach Berlin und in den Deutschen Bundestag an und Karsten Hilse, unser Lausitzer Bundestagsabgeordneter lädt Sie herzlich auf diesen Ausflug ein.

Wir reisen in einem komfortablen Reisebus nach Berlin und übernachten in einem Hotel direkt in Berlin. Neben dem Besuch im Bundestag und der Gesprächsstunde mit Karsten Hilse werden wir die zwei Tage wie gewohnt mit interessanten und spannenden Programmpunkten abrunden.

Die Teilnahme an dieser Reise ist generell kostenlos, abgesehen von eventuell anfallenden Eintrittsgeldern und einem kleinen Trinkgeld für unseren Busfahrer und den Gästebetreuer in Berlin. Außerdem enthalten ist zweimal Mittagessen.



Die Übernachtung erfolgt grundsätzlich in Doppelzimmern. In manchen Hotels ist es jedoch in Einzelfällen auch möglich, gegen Selbstzahlung des Aufpreises vor Ort, ein Einzelzimmer zu bekommen, darauf besteht aber kein Anspruch!

Termine:

21./22. Mai 2026 (mit Warteliste, da derzeit ausgebucht)

19./20. November 2026 (mit Warteliste, da derzeit ausgebucht)
(jeweils Donnerstag und Freitag)

Anmeldung:

Unter Angabe aller folgenden Punkte, **bitte ausschließlich unter folgender Mailadresse:**
karsten.hilse.ma02@bundestag.de

- Name, Vorname
- vollständige Adresse (Straße, PLZ, Wohnort)
- Geburtsdatum und -ort
- Mobilnummer, Emailadresse
- Zustieg (Bautzen oder Hoyerswerda)
- Doppelzimmer mit namentlicher Belegung oder eventueller Einzelzimmerwunsch
- Vegetarier, Veganer, eventuelle Behinderungen

NEUES von unseren Landtagsabgeordneten

Hilfe wird gekürzt – 4,5% weniger Vergütung für Psychotherapie

Die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen entwickelt sich in Europa in eine Richtung, die uns alle alarmieren sollte.

Aktuelle Zahlen der WHO zeigen:

Jedes siebte Kind bzw. jeder siebte Jugendliche lebt mit einer psychischen Erkrankung.

Bei Mädchen zwischen 15 und 19 Jahren ist es bereits jede vierte.

Auch in Deutschland ist Suizid eine der häufigsten Todesursachen bei jungen Menschen zwischen 15 und 29 Jahren.

Und gleichzeitig werden die Honorare derjenigen gekürzt, die helfen sollen.

Während Kinder und Jugendliche unter wachsendem Druck stehen – durch ein schnelllebiges System, permanente digitale Reize, Leistungsdruck, Mobbing, Gewalt, sexuelle Belästigung und fehlende echte Bindung – werden ausgerechnet die Strukturen geschwächt, die sie auffangen könnten.

Gekürzte Honorare bedeuten am Ende:





weniger Therapieplätze, längere Wartezeiten, weniger Zeit pro Mensch.

Und genau diese Zeit ist entscheidend.

Es wird viel über mentale Gesundheit gesprochen.

Doch die politischen Entscheidungen gehen oft in die entgegengesetzte Richtung.

Kinder und Jugendliche brauchen mehr als Diagnosen und Wartelisten.

Sie brauchen echte Aufmerksamkeit, stabile Beziehungen und verlässliche Unterstützung.

Wer an der psychotherapeutischen Versorgung spart, spart an der Zukunft unserer Kinder.

Es reicht nicht, Probleme zu benennen.

Es braucht endlich andere Prioritäten – und echte Investitionen, bevor aus Überforderung Verzweiflung wird.

Es ist mir ein zentrales Anliegen, die Familie wieder stärker in den Mittelpunkt zu rücken. Sie ist die wichtigste Kraft in unserer Gesellschaft – ohne sie geht es weiter bergab. Ich bin überzeugt: Wir müssen zurück zu echter Gemeinschaft, zu Halt und Verlässlichkeit. Familie bedeutet Ursprung. Und sie kann nur dann tragen, wenn wir sie stärken – auch durch eine verlässliche, gut ausgestattete psychotherapeutische Versorgung.

Quelle: WHO (Bericht zur psychischen Gesundheit in Europa, 2026) Beschluss des Erweiterten Bewertungsausschusses (März 2026) – Kürzung der Vergütung für psychotherapeutische Leistungen um ca. 4,5 %, (u. a. Kassenärztliche Bundesvereinigung, Deutsches Ärzteblatt, ZDFheute)

Doreen Schwietzer, MdL

17. April 2026



Veranstaltungen und weitere Termine im Kreisverband Bautzen

Di	28.04.2026	14.00-17.00 Uhr	Wahlkreisbüro Hoyerswerda Spremberger Str. 11	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Mi	29.04.2026	14.00-17.00 Uhr	Wahlkreisbüro Kamenz Klosterstr. 4 01917 Kamenz	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Mi	29.04.2026	18.00 Uhr	Bernsdorf OT Straßgräbchen vor der Feuerwehr	BÜRGERDIALOG des Bürgermeisterkandidaten Lutz Härtner Gast: Karsten Hilse, MdB
Do	30.04.2026	14.00-17.00 Uhr	Wahlkreisbüro Bautzen Postplatz 1 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Mi	13.05.2026	18.30 Uhr	Dorfgemeinschaftshaus Wilschdorfer Str. 3 01477 Arnsdorf OT Fischbach	BLAUER STAMMTISCH mit den MdB's Matthias Rentzsch und Karsten Hilse sowie Kommunalpolitikern aus der Umgebung
Mi	20.05.2026	9.00 Uhr	Bernsdorf Wochenmarkt	BÜRGERDIALOG des Bürgermeisterkandidaten Lutz Härtner Gast: Jörg Urban, Landesvorsitzender
Mi	20.05.2026	18.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Postplatz 1 02625 Bautzen	STAMMTISCH mit Jörg Urban, MdL
Mi	27.05.2026	16.00-18.00 Uhr	Wahlkreisbüro Hoyerswerda Dietrich-Bonhoefer-Str. 7 02977 Hoyerswerda	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Doreen Schwietzer, MdL
Sa	30.05.2026	9.00 Uhr	Wahlkreisbüro Hoyerswerda Dietrich-Bonhoefer-Str. 7 02977 Hoyerswerda	RADTOUR mit Doreen Schwietzer, MdL

Termine, Pressemitteilungen und weitere Infos aus dem KV Bautzen finden Sie hier:
www.afdbautzen.de



Druckausgabe Blaue Post Bautzen

Einmal im Quartal gibt es die Druckausgabe unserer Kreisverbandszeitung.

Für alle, die lieber online lesen oder keine im Briefkasten hatten (wir freuen uns immer über Unterstützung bei der Verteilung) geht es hier zur Version zum Herunterladen:

<https://afdsachsen.de/blau-post-bautzen-ausgabe-april-2026/>

Archiv Blauer Rundbrief

Lesen Sie hier ältere Ausgaben des Blauen Rundbrief:

<https://afdsachsen.de/blauer-rundbrief-des-afd-kreisverband-bautzen/>



Neues von der AfD Sachsen und der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

Der Corona-Untersuchungsausschuss im Sächsischen Landtag

Hier finden Sie alle Informationen:

CORONA
Untersuchungsausschuss

Alle Informationen unter:
corona-untersuchungsausschuss-sachsen.de

Vorsicht, Post aus Sachsen!

Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 19.4.2026



Liebe Freunde, liebe Leser,

der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer sprach sich im Jahr 2023 als einer der ersten CDU-Politiker für Friedrich Merz als nächstem Kanzler aus.

Herr Kretschmer sagte wortwörtlich, Friedrich Merz leiste eine „hervorragende Arbeit“.

2024 erneuerte er dieses Bekenntnis zum heutigen Kanzler, lobte aber auch Vorgänger Olaf Scholz (SPD) über den grünen Klee. „Ich schätze seine Verlässlichkeit“, so Kretschmer über Scholz.

Ebenso bekannte sich der sächsische Ministerpräsident damals dazu, die Ukraine mit deutschem Steuergeld zu versorgen. „Wir müssen die Ukraine unterstützen, aber

man kann es nicht nur militärisch tun“, betonte Herr Kretschmer komplett auf Regierungslinie und ganz im Gegensatz zu dem ansonsten von ihm medial aufgebauten Bild.

2025 wurde Friedrich Merz dann Kanzler. Das erste, was er tat, war nicht nur ein Wortbruch in der Schuldenfrage, sondern ein staatsstreichähnliches Vorgehen, um mit den Stimmen der gerade abgewählten Ampel-Koalition eine Politik durchzudrücken, für die es im neuen Bundestag keine Mehrheit gibt.

Wie positionierte sich nun der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer zu diesem Beinahe-Staatsstreich? Mit einer Sondersitzung im Landtag forderte die AfD ihn auf, im Bundesrat gegen die Megaschulden für Kriegsvorbereitungen zu stimmen.

Die sächsische CDU stellte sich jedoch hinter Friedrich Merz. Am weitesten mit seiner Nibelungentreue ging dabei Michael Kretschmer. Die offensichtlichen Lügen von Friedrich Merz adelte er als „ein Zeichen von Führungsstärke“. Herr Kretschmer war davor übrigens auch an den Koalitionsverhandlungen in Berlin beteiligt.

Ein halbes Jahr später besuchte Friedrich Merz Sachsen. Überschwängliches Lob für seine Amtsführung gab es wiederum von Michael Kretschmer. Deutschland befinde sich unter Merz „genau auf dem richtigen Weg“.

Wenn Herr Kretschmer also – wie diese Woche – Friedrich Merz einmal völlig zu Recht für die Mini-Entlastung bei den Benzinpreisen um 17 Cent und das Abwälzen der 1.000 Euro „Krisenprämie“ auf die Unternehmen kritisiert, dann ist das ein durchschaubares Manöver.

Sie kennen diese Taktik aus vielen Krimis und Filmen. Mit dem psychologischen Trick „Guter Bulle, böser Bulle“ werden die Verdächtigen in die Irre geführt. Eine solche Absprache dürften auch Michael Kretschmer und Friedrich Merz getroffen haben.



Bei Themen wie der Braunkohle, der CO₂-Abgabe und den Russland-Sanktionen blinkt der sächsische Ministerpräsident gelegentlich „rechts“, um Bürger und Unternehmen zu beruhigen. Im Endeffekt ist Herr Kretschmer aber immer gehorsam gegenüber Friedrich Merz „links“ abgebogen.

Die Regierung Merz ist auf ganzer Linie gescheitert und verschlimmert die Probleme Deutschlands von Tag zu Tag. Sie lernt auch nicht aus ihren eigenen Fehlern. Statt endlich zu begreifen, keine Waffen in Kriegsgebiete zu senden, unterstützt Friedrich Merz sowohl die Ukraine als auch Israel mit Rüstungsexporten. Die Aussage der Bundesregierung, sie beteilige sich nicht am Iran-Krieg, ist daher der nächste Punkt auf der langen Lügenliste des Kanzlers.

Michael Kretschmer befürwortet die Politik von Friedrich Merz ohne Abstriche. In den regelmäßigen Verhandlungen mit der Bundesregierung hat er für Sachsen auch nichts erreicht.

Der Bau der eingestürzten Carolabrücke zieht sich in die Länge. Gleiches gilt für die schon vor Ewigkeiten versprochenen Ausbaumaßnahmen des Bahnverkehrs zwischen Chemnitz und Leipzig bzw. Dresden und Görlitz.

Ebenso hätte die Regierung Kretschmer die Möglichkeit, über den Bundesrat Steine ins Rollen zu bringen. Die sächsische Regierung könnte sich so gemeinsam mit anderen Bundesländern für die Abschaffung der CO₂-Abgabe aussprechen.

Sie könnte den Wiedereinstieg in die [Kernkraft](#) fordern und die Lausitz als geeigneten Standort vorschlagen. Herr Kretschmer könnte im Bundesrat auch eine Senkung der Unternehmenssteuern als Antrag einbringen und er könnte direkt in Sachsen die von seiner CDU erhöhte Grunderwerbsteuer auf das erlaubte Minimum setzen.

Ministerpräsident Kretschmer unternimmt jedoch nichts, weil ihm der Machterhalt – zusammen mit der SPD – wichtiger ist als die Interessen des Landes.

So berechtigt die Kritik an Friedrich Merz auch ist: Wir dürfen nie vergessen, dass er nicht der einzige Verursacher der aktuellen Misere ist. Michael Kretschmer zählt auch zu diesem Kreis.

Bis nächsten Sonntag,

Ihr Jörg Urban

<https://afd-fraktion-sachsen.de/merz-und-kretschmer-haben-auf-ganzer-linie-versagt/>

Die Sonntagskolumne im Audio-Format

Nur auf Telegram: <https://t.me/joergurbansachsen>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 20.4.2026

Corona-Klagen: Stand das 2G-Urteil schon vor der Verhandlung fest?

Die Musikerin Julia Neigel und der frühere FDP-Politiker Marcel Luthe haben mehrere Richter des Oberverwaltungsgerichts Bautzen, SPD-Sozialministerin Petra [Köpping](#) sowie Staatssekretärin Dagmar Neukirch (SPD) wegen des Verdachts der Rechtsbeugung, Strafvereitelung, eines möglichen Betrugs, der Untreue und Urkundenfälschung angezeigt.

Neigel klagt seit mehreren Jahren gegen die sogenannte 2G-Regel („geimpft + genesen“). In einer Pressemitteilung erhebt sie dabei folgenden Vorwurf: „Kernstück der Anzeige ist ein 27-seitiger Urteilsentwurf, der im Dezember 2024 in der Papierakte – nicht in der elektronischen Akte – aufgefunden und notariell beglaubigt wurde. Der Entwurf trägt das Datum 11. April 2023 und das Kürzel der Berichterstatterin. Er wurde damit drei Monate vor der ersten mündlichen Verhandlung verfasst. Über 60 Prozent dieses Entwurfs finden sich wörtlich im endgültigen Urteil vom Februar 2026 wieder. Das Ergebnis – Klageabweisung – war festgeschrieben, bevor die Klägerin auch nur ein Wort sagen konnte.“



Unsere Meinung dazu: Nach unserem Empfinden wurden durch die 2G-Regel die Grundrechte aller ungeimpften Bürger in eklatanter Weise verletzt. Die AfD-Fraktion hat diese Rechtsauffassung mit mehreren Verfassungsklagen zum Ausdruck gebracht. Deshalb werden wir die 2G-Regel auch im Untersuchungsausschuss aufarbeiten.

Wir nehmen die von Frau Neigel öffentlich gemachte Strafanzeige zur Kenntnis und fordern vehement die lückenlose [Aufklärung](#) eines möglichen [Justiz-](#) und Behördenversagens im Chaos der Corona-Maßnahmen.

Sollte sich auch nur ein kleiner Teil der Vorwürfe als wahr erweisen, fordern wir harte, kompromisslose rechtliche und politische Konsequenzen.

<https://afd-fraktion-sachsen.de/corona-klagen-stand-das-2g-urteil-schon-vor-der-verhandlung-fest/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 21.4.2026

Direkte Demokratie statt „Demokratieprojekte“!

24 sogenannte „Demokratieprojekte“ aus Sachsen könnten in Zukunft kein Geld mehr vom Bund erhalten. Die sächsische Regierung protestiert dagegen. Unter anderem hat SPD-Sozialministerin Petra [Köpping](#) zwei Briefe nach Berlin geschrieben, berichtet die „Sächsische [Zeitung](#)“.



Volksabstimmungen.

Dazu erklärt der demokratiepolitische Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion, Alexander Wiesner:

„Die sogenannten, angeblichen Demokratieprojekte haben in den letzten Jahren nur sehr wenig zur Stärkung der Demokratie beigetragen. Fast ausschließlich handelt es sich dabei um weit links stehende Vereine, die als Vorfeld bestimmter Parteien fungieren.

Es darf jedoch nicht die Aufgabe des Steuerzahlers sein, dieses parteipolitische Vorfeld mit etlichen Millionen finanzieren zu müssen.

Statt ideologische Demokratieprojekte zu unterstützen, spricht sich die AfD deshalb für einen Abbau der hohen Hürden für direkte Demokratie aus. Wir wünschen uns regelmäßige

Einen entsprechenden Gesetzentwurf (Drs. 7/2702) haben wir längst eingebracht. Er wurde allerdings von den anderen Parteien abgelehnt, obwohl sie in Sonntagsreden behaupten, ebenfalls die direkte Demokratie stärken zu wollen.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/direkte-demokratie-statt-demokratieprojekte/>

Libanese greift Studentin in Leipzig an: Ausländische Sexualstraftäter abschieben!

Laut Tag24 kam es „in letzter Zeit offenbar gehäuft zu sexuellen Übergriffen und Belästigungen“ an der Universität Leipzig. Ein Wachschutz kontrolliert deshalb jetzt die Damentoiletten.

Unter anderem soll ein Libanese eine Studentin im WC-Bereich „sexuell angegriffen“ haben. Kurz danach konnte die Polizei den Tatverdächtigen stellen.

Ein Blick in die aktuelle Polizeiliche Kriminalstatistik des Freistaates Sachsen zeigt eine deutliche Zunahme der Vergewaltigungen um 21,8 Prozent allein innerhalb eines Jahres. Bereits davor waren sie deutlich gestiegen.

In 32,5 Prozent der Fälle sind Ausländer die Tatverdächtigen. Bei sexueller Nötigung liegt der Wert sogar bei 40 Prozent.

Wir sagen: Ausländische Straftäter müssen abgeschoben werden!
Herr Kretschmer, schützen Sie unsere Frauen und [Kinder!](#)

<https://afd-fraktion-sachsen.de/libanese-greift-studentin-in-leipzig-an-auslaendische-sexualstraetaeter-abschieben/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 22.4.2026

441 Millionen Euro weniger für Hochwasserschutz? Gespart werden muss an anderer Stelle!

Die sächsische Regierung will 441 Millionen Euro weniger für den Hochwasserschutz ausgeben.

81 bereits geplante Projekte sollen entfallen. Besonders betroffen von den Streichungen sind das Vogtland und Mittelsachsen. Kritik kommt indes von den Kommunen. Sie kritisieren die Pläne der Regierung laut der „Freien Presse“ als „Hiobsbotschaft“.

Dazu erklärt Jörg Urban, AfD-Fraktionsvorsitzender und umweltpolitischer Sprecher:

„Die Hochwasser der Jahre 2002 und 2013 haben sich ins kollektive Gedächtnis der Sachsen eingebrannt. Allein die Schäden aus dem Jahr 2013 beliefen sich auf 1,8 Milliarden Euro. Angesichts dieser Schadenssumme ist es fahrlässig, den Rotstift ausgerechnet beim Hochwasserschutz anzusetzen.“

**Kürzungen beim Hochwasserschutz:
FALSCH!**



**Spart lieber an
anderer Stelle!**



PRESSEMITTEILUNGEN vom 23.4.2026

AfD-Anfrage: 100.000 Ukrainer eingereist, 70.000 weiterhin in Sachsen, nur 12.800 sozialversicherungspflichtig beschäftigt

Der AfD-Abgeordnete Carsten Hütter hat mit einer Kleinen Anfrage ([Drs. 8/6431](#)) in Erfahrung gebracht, wie viele Ukrainer seit 2022 nach Sachsen gekommen sind und wie viele davon einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit nachgehen.



Die Auskunft der Regierung: 99.261 Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine wurden in Sachsen insgesamt registriert. Davon halten sich 70.607 Personen weiterhin im Freistaat auf.

Sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind 12.800 Ukrainer. Als „arbeitsuchend“ gemeldet sind 24.451 Personen.

Zu den Ergebnissen erklärt Carsten Hütter:

„Wer in ein anderes Land kommt, um temporären Schutz vor Krieg und Gewalt zu erhalten, der hat trotzdem die Aufgabe, den eigenen Lebensunterhalt so schnell wie möglich selbst zu erwirtschaften.

In Polen ist das gelungen. In unserem Nachbarland liegt die Erwerbstätigenquote von Ukrainern bei rund 90 Prozent. Um diesen Erfolg zu sichern, hat Polen die Sozialleistungen für arbeitslose Migranten auf ein zumutbares Minimum gesenkt.

In Deutschland dagegen gibt es die höchsten Sozialleistungen für Migranten in ganz Europa. Das Ergebnis dieser verfehlten Politik wird in den von mir abgefragten Zahlen ersichtlich: Weil es in Deutschland kaum Druck gibt, sich selbst mit eigenen Anstrengungen zu integrieren, sind viele Ukrainer dauerhaft arbeitslos geblieben. Das muss sich ändern.

Unsere Regierung muss die Ukrainer vor die Wahl stellen: Wer in Deutschland bleiben will, muss sich eine Arbeit suchen. Wer keine derartigen Anstrengungen unternimmt, darf keine Vollversorgung mehr erhalten.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-anfrage-100-000-ukrainer-ingereist-70-000-weiterhin-in-sachsen-nur-12-800-sozialversicherungspflichtig-beschaeftigt/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 24.4.2026

Schließung in Kamenz: Regierung Kretschmer muss Kliniksterben stoppen!

Entgegen aller Beteuerungen wird Ende Mai die Klinik für Gynäkologie und Geburtshilfe in Kamenz geschlossen. Darüber berichtet aktuell der MDR.

Dazu erklärt die gesundheitspolitische Sprecherin der sächsischen AfD-Fraktion, Katja Dietz:

„Die Regierung Kretschmer muss dafür sorgen, dass es auch in Zukunft in unseren ländlichen Regionen eine ordentliche medizinische Versorgung gibt. Das bedeutet: Wir brauchen auf dem



Land mehr Hausärzte. Wir brauchen schnell erreichbare Geburtsstationen und wir brauchen natürlich auch Zahnärzte und Apotheken.

Dass die 75 verbliebenen Krankenhäuser in Sachsen nach dem Willen von CDU-[Gesundheitsministerin](#) Nina Warken im nächsten Jahr 409 Millionen Euro weniger erhalten sollen, ist vor dem Hintergrund des ungebremsten Kliniksterbens eine Katastrophe. CDU-Ministerpräsident muss gegen diese Kürzungspläne protestieren. Andernfalls verlieren unsere ländlichen Regionen weiter an Attraktivität und werden ausbluten.

Die AfD-Fraktion hat sich in allen zurückliegenden Haushaltsverhandlungen für höhere Investitionen in die Krankenhäuser eingesetzt. Die CDU verteilte jedoch lieber Geschenke an linke Parteien, um ihrer Minderheitsregierung mit Hilfe von Grünen und Linken eine Mehrheit zu verschaffen.“

Hintergrund: 1990 gab es in Sachsen noch 125 Krankenhäuser. 50 davon wurden geschlossen und weitere 20 der noch existierenden Krankenhäuser befinden sich in einer finanziellen Schieflage.

<https://afd-fraktion-sachsen.de/schliessung-in-kamenz-regierung-kretschmer-muss-kliniksterben-stoppen/>



Klinik für Gynäkologie und Geburtshilfe in Kamenz wird geschlossen. 



Neues von der Alternative für Deutschland und der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag


PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:

<https://www.afd.de/presse/>

PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Positionspapier „So retten wir Deutschland“

Während Schwarz-Rot streitet, zeigt unsere Klausurtagung in Cottbus: Die AfD-Fraktion ist geschlossen, zielstrebig und bereit, Deutschland eine echte Alternative zu bieten. Wir haben einstimmig ein starkes Wirtschaftspapier für Deutschland beschlossen. 

Link: <https://www.facebook.com/photo?fbid=1507784394044086&set=pcb.1507786014043924>

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:

<https://afdbundestag.de/presse/>

Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Netzwerken



Unis werden zu Angsträumen: Sichere Bildung statt Wachdienst!

An der Universität Leipzig kontrolliert ab sofort ein privater Wachdienst die Frauentoiletten am Campus Augustusplatz. Diese drastische Maßnahme folgt auf eine Reihe sexueller Übergriffe im April. Ein 26-jähriger Libanese wurde als Tatverdächtiger festgenommen, nachdem er eine 22-jährige Studentin im WC-Bereich des Geisteswissenschaftlichen Zentrums angriff. Weitere Berichte über einen Unbekannten, der Frauen in Kabinen fotografierte, sowie körperliche Übergriffe in Treppenhäusern verdeutlichen die alarmierende Sicherheitslage. Die Hochschule reagiert mit Stickern und verstärkter Präsenz auf die Vorfälle, die teils erst durch Warnungen des Studentenrats öffentlich wurden.

Es ist eine Kapitulation des Rechtsstaates, wenn Studentinnen auf dem Campus nicht einmal mehr ohne Bewachung eine Toilette aufsuchen können. Diese Entwicklung ist die bittere Konsequenz einer verfehlten Migrationspolitik, die Sicherheit im öffentlichen Raum zur Mangelware macht. Wenn Universitäten zu Hochsicherheitszonen umgebaut werden müssen, zeigt das den massiven Kontrollverlust der politisch Verantwortlichen. Die betroffenen Frauen zahlen den Preis für eine Ideologie, die Probleme lieber verschweigt, statt die Ursachen beim Namen zu nennen. Wachdienste auf Toiletten heilen lediglich Symptome einer gescheiterten gesellschaftlichen Entwicklung.

Wir fordern die konsequente Abschiebung straffällig gewordener Migranten ohne jede Ausrede. Kanzler Merz (CDU) und Innenminister Dobrindt (CSU) müssen endlich eine echte Rückführungsoffensive einleiten, statt nur leere Versprechungen abzugeben. Wer unsere

Gastfreundschaft für Straftaten missbraucht, hat sein Aufenthaltsrecht verwirkt und muss unser Land umgehend verlassen. Nur durch konsequente Remigration und einen wirksamen Schutz der Grenzen gewinnen wir die Sicherheit in unseren Städten zurück. Der Schutz der eigenen Bürger muss in Deutschland endlich wieder an erster Stelle stehen.

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=1482816663213977&set=a.797289411766709>

BKA-Liste mit 50.000 IS-Kämpfern: Abschieben ohne Diskussion!

Laut „Spiegel“-Recherchen verfügt das Bundeskriminalamt über umfangreiche Daten zu Zehntausenden mutmaßlichen IS-Kämpfern, übergeben von US-Behörden nach dem Anti-Terror-Krieg. Rund 20.000 Namen sind im Schengener Informationssystem hinterlegt. Unter den erfassten Personen befinden sich auch Menschen, die heute in Deutschland leben. In mindestens sechs Fällen wurden IS-Kämpfer bereits identifiziert und verurteilt, zuletzt der Iraker Rakan A. in Leipzig. Auch der Bielefelder Messerattentäter, der im Mai 2025 vier Fußballfans schwer verletzte, war den Behörden über diese Daten bekannt.



Das ist der Offenbarungseid einer gescheiterten Migrationspolitik. Terroristen der übelsten Mördermiliz unserer Zeit leben unerkannt in Deutschland. Die Behörden kennen ihre Namen und scheitern trotzdem am Abgleich mit dem Ausländerzentralregister. Jeder Tag Zögern ist ein weiteres Sicherheitsrisiko für die Bürger.

Die AfD fordert Klartext: Jeder in Deutschland aufhältige IS-Kämpfer, der in diesen Daten erfasst ist, muss sofort festgenommen und umgehend abgeschoben werden. Kein Bleiberecht, keine endlosen Verfahren, keine Ausreden von Merz (CDU) und Dobrindt (CSU). Der Schutz der eigenen Bürger hat absolute Priorität.

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=1482752793220364&set=a.797289411766709>



Freilassung statt Abschiebung: Ausländer nach Hammerattacke wieder auf freiem Fuß!

In Wolfsburg attackierte ein 37-jähriger Ausländer am vergangenen Wochenende Polizeibeamte massiv mit einem Hammer. Zuvor zertrümmerte der Mann bereits die Glastüren von Rathaus, Jobcenter sowie Amtsgericht und setzte seinen Zerstörungszug sogar an der örtlichen Polizeiwache fort. Bei der anschließenden Festnahme verletzte der Randalierer insgesamt vier Beamte, wobei ein 27-jähriger Polizist nur durch das Eingreifen eines Kollegen einem lebensgefährlichen Hammerschlag gegen den Kopf entging. Ein weiterer Beamter ist aufgrund seiner schweren Handverletzungen vorerst nicht mehr dienstfähig. Trotz dieser beispiellosen Gewaltwelle und der erheblichen Gefahr für Leib und

Leben ordnete die Staatsanwaltschaft Braunschweig keine Untersuchungshaft an und setzte den Täter direkt wieder auf freien Fuß.

Dieser Vorfall offenbart den erschreckenden Kontrollverlust in deutschen Städten unter der Regierung von Kanzler Merz (CDU) und Innenminister Dobrindt (CSU). Wenn Angriffe auf staatliche Institutionen und potenziell tödliche Attacken gegen Polizisten keine sofortigen strafrechtlichen Konsequenzen haben, verliert das Recht seine abschreckende Wirkung vollständig. Die Sicherheit der Bürger wird einer Justiz geopfert, die offensichtlich keine Handhabe gegen gewaltbereite Täter ohne deutschen Pass findet oder finden will. Diese Form der Nachsicht ist ein Schlag ins Gesicht für jeden Polizeibeamten, der täglich unter Einsatz seiner Gesundheit für die öffentliche Ordnung einsteht. Man kann den Bürgern kaum noch vermitteln, warum solche Gefährder nach schwersten Delikten einfach wieder in die Freiheit entlassen werden.

Wir fordern die konsequente Ausweisung und sofortige Präventivhaft für ausländische Gewalttäter, die unsere Sicherheitskräfte angreifen. Wer Beamte mit Waffen attackiert, hat jedes Gastrecht verwirkt und muss bis zu seiner endgültigen Abschiebung hinter Gitter. Die Justiz muss die Haftgründe bei Gewalt gegen Einsatzkräfte drastisch verschärfen, statt Täter durch eine falsche Milde zu weiteren Taten zu ermutigen. Nur durch einen wehrhaften Rechtsstaat und den wirksamen Schutz unserer Grenzen lässt sich die Sicherheit im öffentlichen Raum wiederherstellen. Die AfD steht als einzige politische Kraft für eine echte Rückführungsoffensive ohne Ausreden und für den uneingeschränkten Schutz derer, die uns schützen.

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=1482058716623105&set=a.797289411766709>

Linksextremistin Lina E. soll vorzeitig freikommen: Keine Kuscheljustiz für linke Gewalttäter!

Das Oberlandesgericht Dresden will den Strafrest der Linksextremistin Lina E. zur Bewährung aussetzen. Die Anführerin einer kriminellen Vereinigung wurde 2023 zu fünf Jahren und drei Monaten Haft verurteilt, was der Bundesgerichtshof 2025 bestätigte. Lina E. verübte mit ihrer Gruppe brutale Angriffe auf Personen des rechten Spektrums, die teils schwere Verletzungen davontrugen. Der Generalbundesanwalt hat gegen die aktuelle Entscheidung Beschwerde eingelegt, weshalb die geplante Freilassung vorerst gestoppt ist.



Die geplante Entlassung nach nur zwei Dritteln der Zeit sendet ein fatales Signal an die Opfer und die gesamte Gesellschaft. Während konservative Bürger oft die volle Härte des Gesetzes spüren, herrscht bei linksextremen Gewalttätern eine bemerkenswerte Milde vor. Wer für massive körperliche Übergriffe und die Bildung krimineller Strukturen verantwortlich ist, darf nicht vorzeitig zurück in die Freiheit gelangen. Solche Urteile untergraben das Vertrauen in den Rechtsstaat und gefährden die öffentliche Sicherheit massiv.

Wir fordern eine Justiz, die das Recht ohne ideologische Scheuklappen anwendet. Strafaussetzungen darf es bei Mitgliedern krimineller Vereinigungen grundsätzlich nicht geben. Das Rechtssystem muss die Bürger schützen und nicht Gewalttäter begünstigen, nur weil sie aus der politisch passenden Richtung kommen. Wir setzen uns für einen konsequenten Strafvollzug ein, damit linke Terrorstrukturen zerschlagen werden und Täter ihre Strafe vollumfänglich absitzen.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1481389033356740&set=a.797289411766709>



Syrisches Schleusernetzwerk in Deutschland: Passbetrug stoppen und sofort abschieben!

Mit einem massiven Aufgebot von 1.000 Beamten ging die Bundespolizei in Leipzig gegen ein weit verzweigtes Netzwerk syrischer Passfälscher vor. Rund 50 Beschuldigte sollen ihre echten Reisedokumente an ähnlich aussehende Landsleute im Nahen Osten verschickt haben, um diesen die illegale Einreise per Flugzeug nach Deutschland zu ermöglichen. Die Ermittler nahmen bei den Durchsuchungen, die sich vor allem auf die berühmte Eisenbahnstraße konzentrierten, mehrere Drahtzieher sowie illegal eingereiste Personen fest. Dieser Fall reiht sich ein in eine Serie von Straftaten in diesem Kriminalitätsschwerpunkt, wo bereits zuvor wegen Hawala-Banking und syrischer Clan-Strukturen ermittelt

wurde.

Solche Vorfälle verdeutlichen die massiven Sicherheitslücken durch die anhaltende Politik der ungeschützten Grenzen. Wenn Pässe wie Handelsware verschickt werden, verliert der Staat jegliche Kontrolle über die Identitäten der Personen im Land. Besonders alarmierend ist die gerichtliche Milde, wie ein früherer Fall in Leipzig belegt, der trotz vorsätzlichen Betrugs lediglich gegen eine geringe Geldauflage eingestellt wurde. Unter der Regierung von Merz (CDU) und Innenminister Dobrindt (CSU) setzt sich dieses Versagen fort, da die grundlegenden Anreize für diesen massenhaften Missbrauch des Asylsystems unangetastet bleiben.

Wir fordern eine echte Rückführungsoffensive ohne faule Kompromisse. Wer sein Gastrecht durch Passbetrug und organisierte Schleuserei verwirkt, muss konsequent abgeschoben werden und darf nie wieder deutschen Boden betreten. Syrien ist sicher genug für die Rückkehr, wie es die AfD seit langem unter Berufung auf aktuelle Urteile verlangt. Nur durch einen lückenlosen Grenzschutz und die sofortige Ausweisung von Identitätstäuschern lässt sich die Sicherheit der Bürger wiederherstellen und das Vertrauen in den deutschen Rechtsstaat retten.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1481866806642296&set=a.797289411766709>

Diäten-Plus statt Netto-Lohn: Die schamlose Abzocke der Merz-Regierung!

Merz (CDU) und Klingbeil (SPD) versprachen Entlastung, doch die OECD-Studie Taxing Wages belegt für 2025 das Gegenteil. In Deutschland stieg die Abgabenlast massiv an. Bei Singles kletterte die Steuerlast auf 49,3 Prozent, während der OECD-Schnitt bei nur 35,1 Prozent liegt. Fast die Hälfte der Arbeitskosten fließt somit direkt an den Staat. Besonders hart trifft es Familien, deren Belastung um 1,61 Prozentpunkte zunahm. Höhere Beiträge zur Krankenversicherung sowie die kalte Progression treiben diese Entwicklung unaufhaltsam voran.



Während die Bürger durch Inflation belastet werden, gönnt sich der Bundestag zum 1. Juli eine Diätenerhöhung um 4,2 Prozent. Die Bezüge der Abgeordneten steigen um 500 Euro auf monatlich 12.330 Euro brutto. Diese Selbstbedienung steht im Gegensatz

zur Realität der Arbeitnehmer, die unter einer enormen Grenzbelastung leiden. Von jedem zusätzlich verdienten Euro bleiben einem Durchschnittsverdiener lediglich 56,5 Cent übrig. Das System unter Merz (CDU) bestraft Leistung konsequent und bittet fleißige Bürger immer stärker zur Kasse.

Wir fordern eine echte Entlastung des Mittelstands. Der Grundfreibetrag muss auf 15.000 Euro angehoben und indexiert werden, um die kalte Progression zu stoppen. Arbeit muss sich lohnen, weshalb eine Senkung der Sozialabgaben und die Abschaffung der CO2-Abgaben unumgänglich sind. Anstatt die eigenen Diäten anzuheben, muss die Regierung die Staatsausgaben kürzen. Nur eine radikale Umkehr in der Finanzpolitik sichert den Wohlstand und entlastet die Familien in Deutschland endlich nachhaltig.

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=1481319083363735&set=a.797289411766709>



Mehrheit will AfD im Kanzleramt!

Laut aktueller Insa-Umfrage wünscht sich eine Mehrheit die AfD im Kanzleramt. Merz (CDU) hingegen fehlt nicht nur Rückgrat, sondern auch Rückhalt in der eigenen Partei: Eine Mehrheit möchte ihn nicht mehr im Kanzleramt sehen. Zeit für die politische Wende, Zeit für die AfD!

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1480458936783083&set=a.797289411766709>

Syrischer Terrorplan in Berlin gestoppt: Sicherheit statt falscher Toleranz!

Der 23-jährige Syrer Abdalla R. steht vor einer Anklage der Berliner Generalstaatsanwaltschaft. Er plante laut Ermittlern einen Anschlag auf Juden und Nicht-Muslime mit einem Sprengstoffgürtel sowie Messern. Der Mann reiste im Dezember 2023 ein und erhielt bereits im September 2024 subsidiären Schutz. Über TikTok informierte er sich über den Bau von Sprengfallen und verbreitete IS-Propaganda, bevor der Zugriff im November erfolgte.

Diese Fakten verdeutlichen die Sicherheitsrisiken durch die unkontrollierte Zuwanderung unter Kanzler Merz (CDU) und Innenminister Dobrindt (CSU). Während Islamisten Anschläge vorbereiten, verfolgt die Berliner Justiz verstärkt angebliche Islamfeindlichkeit. Der Anteil solcher Verfahren am Blasphemie-Paragrafen stieg zuletzt auf fünfzig Prozent an. Man schützt offenbar lieber eine Ideologie vor Kritik, statt die Bevölkerung wirksam vor realen terroristischen Bedrohungen zu bewahren.



Die AfD fordert eine sofortige Kehrtwende und die konsequente Rückführung gefährlicher Migranten. Wir brauchen einen umfassenden Grenzschutz sowie die Ausweitung sicherer Herkunftsländer. Sicherheit gibt es nur durch die Durchsetzung unserer Rechtsordnung und den Stopp der illegalen Migration. Wer unsere Freiheit und das Leben der Bürger bedroht, muss Deutschland ohne jede Verzögerung verlassen.

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=1481139990048311&set=a.797289411766709>



Die Rente ist nicht mehr sicher: Merz verkündet die Ausplünderung der Rentenkassen!

Kanzler Merz (CDU) hat beim Bankenverband das Ende der gewohnten Rente verkündet. Die gesetzliche Versicherung wird künftig allenfalls noch eine Basisabsicherung darstellen und nicht mehr für den Lebensstandard ausreichen. Merz fordert massiv mehr private Vorsorge auf Kapitalbasis und kritisiert Blockaden der SPD. Gleichzeitig stellt er die hohen Subventionen für ungenutzte erneuerbare Energien infrage, die den Haushalt unnötig belasten.

Diese Ankündigung gleicht einem Offenbarungseid für Millionen Beitragszahler. Man beraubt die Menschen ihrer Sicherheit und verweist sie auf riskante Finanzprodukte. Während Milliarden für gescheiterte Energieprojekte und unkontrollierte Migration abfließen, bleibt für die eigene Bevölkerung nur noch das Minimum übrig. Die CDU wälzt die Verantwortung auf das Individuum ab, anstatt die Staatsausgaben endlich konsequent zum Wohle der arbeitenden Bürger zu priorisieren.

Wir fordern eine Kehrtwende, die Lebensleistung wieder würdigt und das Rentenniveau anhebt. Politiker und Beamte müssen endlich in die gesetzliche Kasse einzahlen, um ein faires Fundament zu schaffen. Anstatt Steuergelder weltweit zu verteilen, gehören versicherungsfremde Leistungen in den Bundeshaushalt. Nur durch die Begrenzung der Zuwanderung in die Sozialsysteme und konsequente Rückführungen bleibt unser Land stabil und für die eigenen Bürger sicher.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1480524143443229&set=a.797289411766709>

Der Kanzler, den keiner will!

Friedrich Merz hat es nach nicht einmal einem Jahr geschafft, die Ampel-Regierung hinter sich zu lassen — wenn es um die Unbeliebtheit geht. Damit hält er einen weltweiten Negativ-Rekord: In einer Beliebtheitsskala von Regierungschefs, die Morning Consult Anfang

(<https://pro.morningconsult.com/tra.../global-leader-approval>) April aufstellte, lag Merz noch auf dem vorletzten Platz. Seitdem haben sich seine Zustimmungswerte weiter verschlechtert: 80 % sind nach dem ntv-Trendbarometer mit seiner Amtsführung unzufrieden.

Wir haben inzwischen wohl den unbeliebtesten Staatschef der Welt!



»... schlecht ist es, wenn der Zustand so ist wie in Deutschland, wo die Bevölkerung wählen kann, was sie will und anschließend eben doch immer wieder die gleichen Regierungskonstellationen bekommt.«

— Werner J. Patzelt, Politikwissenschaftler bei Tichys Einblick

(<https://www.youtube.com/watch?v=P-1hvU6ABDo>)

Die Thüringer kennen das: Mario Voigt wurde durch eine faktische Viererkoalition der Verlierer Ministerpräsident. Die Ungarn konnten Viktor Orbán abwählen — in Deutschland bleiben die unbeliebten Politiker weiter an der Macht.

(<https://www.facebook.com/photo/?fbid=1777651516991823&set=a.599798814777105>)



Rekord bei Politiker-Anzeigen: Weg mit dem Paragraph 188 StGB!

Die Ermittlungsverfahren wegen angeblicher Politikerbeleidigung kletterten im Jahr 2025 auf den neuen Höchststand von 4.792 Fällen. Das entspricht einer massiven Steigerung von 85 Prozent innerhalb von lediglich zwei Jahren. Rechtliche Grundlage für diese Entwicklung ist der Paragraph 188 StGB, der Regierenden einen privilegierten Ehrenschatz gewährt, den normale Bürger nicht genießen. Ein besonders drastisches Beispiel ist der Fall des bayerischen Rentners Stefan Niehoff, dessen Wohnung wegen eines geteilten Memes über Robert Habeck im Morgengrauen durchsucht wurde. Auch wer Friedrich Merz (CDU) in einem Kommentar lediglich als Pinocchio bezeichnete, geriet umgehend ins Visier der

staatlichen Ermittlungsbehörden.

Diese besorgniserregende Entwicklung belegt die wachsende Dünnhäutigkeit einer politischen Klasse, die sich mit Sonderrechten gegen berechnete Kritik abschirmt. Während normale Bürger bei Beleidigungen regelmäßig auf den mühsamen Privatklageweg verwiesen werden, setzt der Staat für Politiker sofort den gesamten Ermittlungsapparat in Gang. Wer Macht ausübt und tiefgreifende Entscheidungen trifft, muss Spott und Schärfe aushalten können, statt die Staatsanwaltschaft als Werkzeug gegen unliebsame Meinungen zu missbrauchen. Diese Verrechtlichung von Empfindlichkeit zerstört nachhaltig das Vertrauen in die Unparteilichkeit der Justiz und schüchtert die Bevölkerung durch die drohende Strafverfolgung gezielt ein.

Die AfD fordert daher die restlose Streichung des Paragraphen 188 StGB aus dem Strafgesetzbuch. Ein Minister oder Abgeordneter darf rechtlich nicht mehr wert sein als ein gewöhnlicher Bürger, der für seinen Lebensunterhalt hart arbeitet. Wir setzen uns konsequent für eine Entpolitisierung der Justiz ein, damit Gerichte und Staatsanwaltschaften nicht länger als verlängerter Arm und Schutzschild für Regierende fungieren. Gerechtigkeit kann es in einer Demokratie nur geben, wenn gleiches Recht für alle Bürger gilt und keine Sondergesetze für eine privilegierte politische Schicht existieren. Der Schutz der Meinungsfreiheit muss wieder Vorrang vor der Eitelkeit der Mächtigen haben.

(<https://www.facebook.com/photo?fbid=1480317930130517&set=a.797289411766709>)

"Wir verwalten den Niedergang": Wer erklärt ihm, dass seine Partei regiert?

In der Talksendung bei Caren Miosga diskutierten Jens Spahn (CDU), die Wirtschaftsweiserin Monika Schnitzer und Karina Mößbauer über den geplanten Tankrabatt von 17 Cent sowie eine freiwillige Einmalprämie von bis zu 1000 Euro. Spahn räumte dabei ein, dass viele Unternehmen diese Prämie aufgrund der wirtschaftlichen Lage überhaupt nicht zahlen können und bezeichnete die aktuelle Situation als weitestgehende Verwaltung des Niedergangs. Während Experten wie Schnitzer die zusätzlichen Kosten für Pendler als tragbar bezeichneten, blieb die politische Antwort auf das ausbleibende Wachstum und die sinkende Zuversicht im Land erschreckend vage. Die Zahlen geben der düsteren Diagnose recht, da die deutsche Wirtschaft seit Jahren kaum vorankommt und die angekündigten Maßnahmen kaum die Teuerung ausgleichen.



Diese Debatte offenbart die vollkommene Hilflosigkeit der handelnden Akteure in Berlin. Man verstrickt sich in kleinteiligen Diskussionen über Cent-Beträge, während die grundlegenden Probleme des Standorts Deutschland systematisch ignoriert werden. Die Aussagen von Spahn (CDU) wirken wie eine bittere Bankrotterklärung der eigenen Politik, da er den Niedergang zwar klar diagnostiziert, aber lediglich faule Kompromisse als Lösung anbietet. Für Pendler und mittelständische Betriebe sind 17 Cent bei gleichzeitig explodierenden Gesamtkosten kaum mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Es ist bezeichnend für den Zustand der Republik, dass die Regierung den Verfall nur noch moderiert, anstatt ihn mit einer mutigen Reformpolitik entschlossen zu stoppen.

Wir fordern eine echte wirtschaftliche Kehrtwende statt kosmetischer Korrekturen am Rande des Abgrunds. Die Energiesteuern müssen dauerhaft gesenkt und die CO₂-Abgabe ersatzlos gestrichen werden, um die Bürger und die Industrie spürbar zu entlasten. Anstatt den wirtschaftlichen Verfall lediglich achselzuckend zu verwalten, braucht Deutschland eine Politik, die den Mittelstand schützt und die heimische Produktion durch bezahlbare Energie wieder wettbewerbsfähig macht. Wer den Niedergang unseres Landes zur Normalität erklärt, hat den Auftrag zur Gestaltung und zum Erhalt des Wohlstands längst aufgegeben. Nur eine konsequente Entlastung von Steuern und Bürokratie kann den Standort Deutschland retten und den Bürgern wieder eine echte Perspektive geben.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1479818143513829&set=a.797289411766709>

470 Millionen Euro für Südafrika: Wadephul verteilt Steuergeld für "gerechte Energiewende"!

Außenminister Wadephul (CDU) hat seinem südafrikanischen Amtskollegen Ronald Lamola bei der 12. Sitzung der Deutsch-Südafrikanischen Binationalen Kommission 470 Millionen Euro zugesagt. 200 Millionen fließen als zinsverbilligter Kredit in die sogenannte „Just Energy Transition Partnership“, weitere 270 Millionen in die zweite Phase des Wasserstoffprogramms. Das Ziel: eine



„gerechte Energiewende“ in einem Land, das laut Internationaler Energieagentur beim Anteil erneuerbarer Energien Platz 119 von 147 belegt und seinen Strom nahezu ausschließlich aus Kohle erzeugt. Hauptempfänger dürfte der Staatskonzern Eskom sein, dessen Ex-Chef André de Ruyter monatliche Verluste von 55 Millionen US-Dollar durch Diebstahl und Korruption beziffert hat.

Während deutsche Familien ihre Stromrechnungen kaum noch bezahlen können, Traditionsbetriebe wie Mahle vor Werksschließungen stehen und hunderttausende Arbeitsplätze durch die ideologische Energiepolitik der Bundesregierung auf dem Spiel stehen, überweist Wadephul fast eine halbe Milliarde Euro an ein Regime, in dem das Geld in korrupten Strukturen versickert.

Die AfD fordert den sofortigen Stopp dieser Zusagen. Kein deutscher Steuer-Euro darf in korrupte Staatskonzerne fließen. Schluss mit grüner Entwicklungshilfe auf Kosten des deutschen Bürgers.
<https://www.facebook.com/photo?fbid=1479711776857799&set=a.797289411766709>

Polizeiliche Kriminalstatistik 2025

Die Polizeiliche Kriminalstatistik 2025, die Bundesinnenminister Dobrindt (CSU) heute vorstellt, zeigt ein verheerendes Bild. Zwar sank die Gesamtzahl der Straftaten um 5,6 Prozent auf 5,5 Millionen Fälle, was im Wesentlichen auf die Cannabis-Teillegalisierung zurückgeht. Doch bei der schweren Gewaltkriminalität stiegen die Zahlen massiv: Mord und Totschlag legten um 6,5 Prozent zu, Vergewaltigungen und besonders schwere Sexualdelikte um 8,5 Prozent. Mit über 29.000 Messerdelikten wurde ein neuer trauriger Rekord erreicht. Ausländer sind bei Gewalttaten vier mal so häufig tatverdächtig wie Deutsche.



Seit 2019 ist die Gewaltkriminalität um mehr als 31.000 Fälle gestiegen, Vergewaltigungen werden inzwischen anderthalbmal so oft erfasst wie vor Corona. Ein Drittel der Gewalttaten findet auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen statt. Jeder Gang zum Bäcker, jeder Heimweg vom Bahnhof wird für unsere Bürger zur Risikoabwägung. Die Antwort der Regierung Merz: Afghanen per Familiennachzug einfliegen, Straftäter im Land behalten, Syrer einbürgern.

Was dieses Land braucht, ist keine weitere Einflugschneise, sondern eine echte Remigrationsoffensive. Ausreisepflichtige müssen konsequent abgeschoben, Syrien als - nach dem Sturz des Assad-Regimes - sicheres Herkunftsland eingestuft und die Liste sicherer Herkunftsstaaten ausgeweitet werden. Der Schutz der eigenen Bürger muss endlich Vorrang haben.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1479612483534395&set=a.797289411766709>



AfD Sachsen verhindert Selbstbedienung

Im sächsischen Landtag steht die geplante Erhöhung der Abgeordnetendiäten vor dem Aus. Die Minderheitsregierung aus CDU und SPD unter Ministerpräsident Kretschmer (CDU) wollte die Bezüge in zwei Stufen um rund 500 Euro auf monatlich 7.832 Euro anheben. Zusätzlich sollten das Mitarbeiterbudget und die steuerfreie Aufwandsentschädigung steigen. Doch die notwendige Mehrheit im Parlament fehlt, da die AfD-Fraktion dieses Vorhaben geschlossen ablehnt. Mit insgesamt 62 von 120 Stimmen im Landtag haben die Gegner der Erhöhung eine knappe Mehrheit gegen die lediglich 51 Stimmen der Regierungskoalition aus CDU und SPD.

Diese Entwicklung entlarvt den Versuch der etablierten Parteien, sich in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit und drohender Haushaltskürzungen schamlos selbst zu bedienen. Während der Bevölkerung immer härtere Belastungen zugemutet werden, plante die politische Klasse in Dresden eine massive Ausweitung ihrer eigenen finanziellen Spielräume. Besonders die Erhöhung des Mitarbeiterbudgets dient offensichtlich als Versorgungstaktik für Parteigänger, um Wahlverlierer auf Kosten der Steuerzahler weiter zu beschäftigen. Es ist eine Provokation gegenüber allen Bürgern, wenn Politiker ihre eigene Ausstattung priorisieren, statt endlich Impulse für die Entwicklung des Landes zu setzen.

Die AfD-Fraktion hat von Beginn an klargestellt, dass eine Steigerung der bereits sehr guten Diäten absolut inakzeptabel ist. Wir verhindern diesen Griff in die Steuercasse und setzen der Selbstbedienungsmentalität von CDU und SPD ein Ende. Das Geld der Bürger muss in Infrastruktur und Sicherheit fließen, anstatt die Taschen der Abgeordneten zu füllen. Wir fordern eine Nullrunde bei den Diäten und eine Konzentration auf die tatsächlichen Probleme im Freistaat. Nur die AfD schiebt der schamlosen Bereicherung der Altparteien einen Riegel vor und sorgt dafür, dass Politik wieder dem Volk dient.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1478298146999162&set=a.797289411766709>

Meldungen aus Sachsen, Deutschland und der Welt

Schleifes Bürgermeister attackiert nach Porno-Skandal nun die Aufdecker

<https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2026/schleifes-buergermeister-attackiert-nach-porno-skandal-nun-die-aufdecker/>

Manuel Ostermann ist neuer Bundesvorsitzender der DPoIG Bundespolizei

<https://www.dpolg-bundespolizei.de/aktuelles/news/manuel-ostermann-ist-neuer-bundesvorsitzender-der-dpolg-bundespolizei/>

Remigration als Tabu? Jetzt sagen bayerische Behörden, dass das AfD-Konzept nicht verfassungsfeindlich ist



<https://apollo-news.net/remigration-als-tabu-jetzt-gibt-auch-der-freistaat-bayern-zu-dass-das-afd-konzept-legitim-ist/>

Video-Empfehlungen

Informationskanäle der AfD

Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

<https://www.youtube.com/channel/UCVXqMg5NOK5z8dwtzqRcMNg/videos>

Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

https://www.youtube.com/channel/UC_dZp8bZipjintBGLVHm6rw/videos

Kanal von AfD Kompakt TV

<https://www.youtube.com/c/AfDKanal/videos>

Wochenendpodcast der AfD

<https://afdkompakt.de/podcast/>

AfD im EU-Parlament

<https://www.youtube.com/c/AfDimEUParlament/videos>

Auf1 - Alternatives, unabhängiges Fernsehen

<https://auf1.tv/>

Radio Klartext

<https://www.youtube.com/@radioklartext>

NIUS – Die Stimme der Mehrheit

<https://nius.de/>

Ostdeutsche Allgemeine Zeitung

<https://ostdeutscheallgemeine.com/>

Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen

Kreisverband Bautzen

www.afdbautzen.de/

www.afdsachsen.de/verbaende/afd-kreisverband-bautzen/

www.facebook.com/AfD-Kreisverband-Bautzen-110578221607093



t.me/afdkreisverbandbautzen
www.afd-kreistagsfraktion-bautzen.de/

Karsten Hilse, MdB

www.karstenhilse.de
t.me/karstenhilsepolitiker
www.facebook.com/Karsten.Hilse.Politiker/
www.facebook.com/AfD.WKB.Bautzen
www.facebook.com/Wahlkreisb%C3%BCro-BautzenHoyerswerda-910992965679861
www.youtube.com/@karstenhilse9212/videos

Frank Peschel, MdL

www.frankpeschel.de
t.me/frankpeschel
www.facebook.com/frankpeschel.de

Timo Schreyer, MdL

www.facebook.com/Timo.Schreyer.AfD

Doreen Schwietzer, MdL

www.facebook.com/SchwietzerMdL
instagram.com/doreenschwietzer_afd
www.doreen-schwietzer.de
t.me/schwietzer
twitter.com/SchwietzerMdL

Ralf-Peter Hechtberger, Landtagsdirektkandidat WK 53

www.facebook.com/profile.php?id=61554027185527

Junge Alternative Oberlausitz

instagram.com/ja_oberlausitz
www.facebook.com/JungeAlternativeOberlausitz
t.me/+F49gQriXPCo5OGUy

Regionalgruppe Bautzen

www.facebook.com/AfDstadt Bautzen/
www.facebook.com/AfD-Malschwitz-1795225520507800/

Regionalgruppe Hoyerswerda

www.afd-hoyerswerda.de/
www.afd-stadtrat-hoyerswerda.de/
www.youtube.com/@AfDFraktionHoyerswerda
www.facebook.com/profile.php?id=100089078246219

AfD Oberlausitz

www.facebook.com/AfDOberlausitz
www.youtube.com/channel/UCX2jm-d4CT_YNkyAT6vsfFw
t.me/oliverhelbing
www.tiktok.com/@afdoberlausitz



Ortsgruppe Cunewalde

www.afd-cunewalde.de/

Regionalgruppe Bischofswerda

www.facebook.com/afd.bischofswerda

Regionalgruppe Kamenz

www.facebook.com/AfD-Regionalgruppe-Kamenz-217220858708004

www.afd-stadtrat-pulsnitz.de

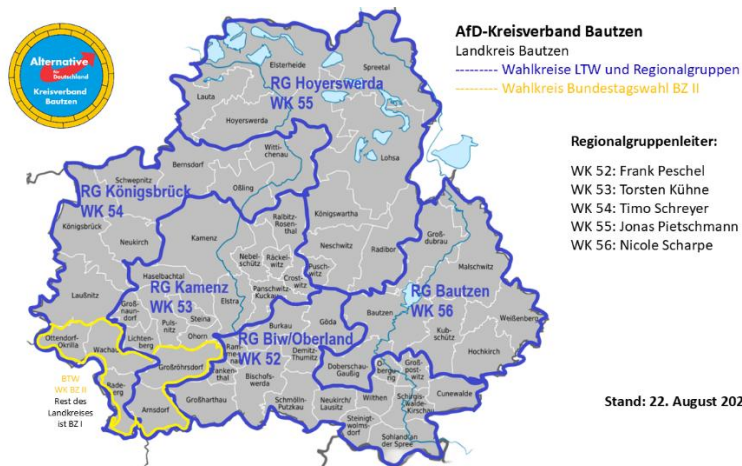
www.afdpulsnitz.de/

Stadtratsfraktion Radeberg

www.facebook.com/groups/465255757689215/



Regionalgruppen im KV Bautzen



SPENDENKONTO

AfD Kreisverband Bautzen
IBAN: DE 1685 0503 0002 2578 5552
BIC: OSDDDE81XXX
Ostsächsische Sparkasse

Entscheiden Sie selbst, ob ein Teil Ihrer Steuern besser als Spende beim Verein oder der Partei Ihrer Wahl aufgehoben ist oder beim Bundesfinanzminister!

VIEL SPAß BEIM LESEN UND VERBREITEN!

KONTAKT:

Büro Bautzen
Postplatz 1
02625 Bautzen
03591-5328336
Montag – Donnerstag
10.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00 – 16.00 Uhr

Büro Hoyerswerda
Spremberger Str. 11
02977 Hoyerswerda
03571-2096287
Montag: Geschlossen
Di/Mi: 9.00-16.00 Uhr
Do/Fr: 10.00-18.00 Uhr

Büro Kamenz
Klosterstr. 4
03578-7889108
Montag 12.00-18.00 Uhr
Dienstag 10.00-18.00 Uhr
Mittwoch 12.00-18.00 Uhr
Donnerstag 8.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00-13.00 Uhr

www.afdbautzen.de
info@afdbautzen.de



AfD-Kreisverband Bautzen